

Antwort Wahlprüfsteine Ute Finckh-Krämer (SPD)

Meine Grundposition zum Israel-Palästina-Konflikt ist, dass es mehr darauf ankommt, den Konflikt in seiner ganzen komplizierten Geschichte zu verstehen als in Bezug auf Einzelaspekte Position zu beziehen. Die besondere Verantwortung Deutschlands für Israel, die Sie in Ihrem Brief erwähnen, sehe ich eher in Bezug auf das Schicksal der Holocaust-Überlebenden (die wegen ihre psychischen und physischen Verletzungen als inzwischen Hochbetagte in besonderer Weise unterstützungsbedürftig sind) und ihrer Nachkommen. Denn auch diese sind vom Trauma ihrer Eltern und Großeltern oft vielfältig geprägt. Aus dieser Verantwortung leitet sich u.a. ab, dass Menschen mit jüdischen Wurzeln i.d.R. ohne Probleme dauerhafte Aufenthaltsgenehmigungen bekommen, wenn sie - aus welchen Gründen auch immer und unabhängig von dem Land, aus dem sie zuziehen - sich dafür entscheiden, nach Deutschland zu kommen. Das unterstütze ich nachdrücklich. Auch bilaterale Projekte, die diesen Menschen helfen, bin ich jederzeit bereit zu unterstützen.

Zu den Fragen:

1. Israel hält seit 1967 die Westbank inklusive Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen besetzt. Auch wenn Verantwortung im Bereich der Verwaltung teilweise auf die Palästinensische Autonomiebehörde übertragen wurde bestimmt Israel als Besatzungsmacht insgesamt das Leben der Palästinenser in diesen Gebieten. Über eine halbe Millionen jüdische Siedler haben sich in der Zwischenzeit in der Westbank und Ostjerusalem niedergelassen. Nicht nur sind die natürlichen Ressourcen wie Wasser und Zugang zu Farmland ungleich verteilt, auch werden die beiden Bevölkerungsgruppen durch zwei Rechtssysteme unterschiedlich behandelt, wobei die Palästinenser unter Militärrecht offen diskriminiert werden. Durch die Besatzung hat sich damit über die letzten 45 Jahre ein großes Ungleichgewicht im Sinne der Behandlung von Israelis und Palästinensern durch den Staat Israel eingestellt.

Frage: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Antwort:

Ich würde es so formulieren: Ein Friedensprozess wird nur gelingen, wenn die Beendigung der Besatzung Teil des Prozesses ist. Aber es ist keine Bedingung im Sinne einer Vorbedingung, sondern kann einer von mehreren Schritten auf dem Weg zum Frieden sein.

2. Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern hatten bis zum heutigen Tag stets eine Zwei-Staaten-Lösung zum Ziel. Für das Sicherheitsbedürfnis des jüdischen Volkes und das Streben nach Souveränität der Palästinenser scheint dies auch weiterhin theoretisch die naheliegende Lösung des Jahrzehnte dauernden Konflikts. Die Realitäten vor Ort lassen dieses Szenario allerdings äußerst unrealistisch erscheinen. Vor allem die Siedlungs-aktivitäten nachfolgender israelischer Regierungen in der Westbank verhindern die Errichtung eines palästinensischen Staates in einem zusammenhängenden Gebiet.

Frage: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Antwort:

Es ist nicht unsere Aufgabe, darüber zu entscheiden, wie sich die BewohnerInnen von Israel und Palästina in Zukunft mit- oder nebeneinander leben sollen - in zwei Staaten, in einem gemeinsamen Staat, in einem föderalen Modell. Die Entscheidung darüber gehört in die Hand der Betroffenen. Was Externe (also auch die Bundesregierung) tun können, ist, Unterstützung anzubieten - im Sinne von Moderation, als Gesprächspartner, die beiden Seiten zuhören und ihnen helfen, aufeinander zuzugehen.

3. Im Rahmen der Friedensverhandlungen von Oslo und mit Ausblick auf die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates stimmte die damalige Palästinenserführung einer Aufteilung der Westbank in drei Zonen zu. Bis heute hat sich diese Aufteilung nicht wesentlich verändert. Weiterhin hält die Palästinensische Autonomiebehörde die alleinige Kontrolle nur über etwa 18% der Westbank. Immerhin etwa 62% der Westbank stehen unter vollständiger ziviler und militärischer Verwaltung durch Israel. In diesem Gebiet liegen die israelischen Siedlungen, die nach internationalem Recht illegal sind. Gleichzeitig erhalten die Palästinenser hier nur in 4 von 100 Fällen Baugenehmigungen und werden so entweder zu illegaler Bautätigkeit (die Folgen sind meist Hauszerstörungen) oder Umsiedlung in die A und B Gebiete gezwungen.

Frage: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Antwort:

Die zukünftige Bundesregierung sollte m.E. die Region Israel/Palästina als das behandeln, was sie ist: ein Konfliktgebiet, in das weder Waffen noch militärische Ausrüstung geliefert werden dürfen (und aus dem dann konsequenter Weise auch keine Waffen gekauft werden dürfen). Ansonsten sollte sich die Reaktion m.E. nicht von der auf vergleichbare Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern unterscheiden. Besondere Verantwortung heißt in meinen Augen nicht, besonders intensiv zu kritisieren.

4. Deutschland unterstützt finanziell Projekte in der Westbank, mit denen z.B. Solaranlagen in palästinensischen Dörfern gebaut werden und damit der örtlichen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität verschafft wird. Einige dieser Projekte liegen in den C-Gebieten und erhalten daher keine offizielle Genehmigung durch die israelische Militärverwaltung. Auch wenn es noch nicht zu konkreten Zerstörungen deutscher Projekte in der Westbank gekommen ist liegen doch mehrere Zerstörungsanordnungen vor, die jederzeit ausgeführt werden könnten.

Frage: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegen-getreten wird?

Antwort:

Genauso wie in anderen Ländern, in denen staatliche Maßnahmen deutsche Entwicklungsprojekte gefährden... Auf diplomatischem Wege ausloten, wie das Projekt "gerettet" werden kann, Unterstützung durch Dritte (USA?) mobilisieren, vermitteln, welchen positiven Beitrag für den Friedensprozess in Israel/Palästina das Projekt leistet...

5. Etwa 300 palästinensische Kinder und Jugendliche sind ständig in israelischen Gefängnissen; mit ihrer Behandlung verstoßen die israelischen Behörden gegen internationales Recht (Eltern werden nicht über den Verbleib ihrer Kinder informiert, Anwälte werden nicht zugelassen, Verfahren vor Militärgerichten, Gefängnisstrafen ab dem Alter von 12 Jahren möglich).

Frage: Halten Sie es für akzeptabel, dass die israelischen Behörden verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegen? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

Antwort:

Ich halte es für genauso wenig akzeptabel wie die Tatsache, dass die Bundesregierung deutsche und (bestimmte) ausländische Kinder unterschiedlich behandelt. Ich werde mich zunächst dafür einsetzen, dass Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention uneingeschränkt unterzeichnet und in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern unabhängig von ihrem Herkunftsland eine doppelte Staatsangehörigkeit zugesteht, so lange sie es wünschen. Erst wenn das erreicht ist, kann Deutschland andere Länder wegen doppelter Standards kritisieren.